

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

ANDREI AVRAM

Sechs Monate Klaus Iohannis: Ein politischer Neuanfang

Juli 2015

www.kas.de/rumaenien

Vor gut einem halben Jahr trat der aus der deutschen Minderheit stammende Klaus Iohannis das Amt des Präsidenten von Rumänien an. Zuvor hatte er sich in der Stichwahl vom 16. November 2014 mit einer Mehrheit von ca. 1,2 Millionen Stimmen gegen den amtierenden sozialdemokratischen Premierminister durchgesetzt. Seine klare Kampfansage an die Korruption und seine Botschaft, die vor allem unter den jungen Menschen in Verruf geratene politische Klasse erneuern zu wollen, hatten dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Ebenso auch die weit verbreitete Wut der Auslandsrumänen gegen Ponta, angesichts der offensichtlichen Versuche der Regierung, die Ausübung des Wahlrechts im Ausland bewusst zu behindern.

Zu Beginn seiner Amtszeit versprach Iohannis einen Neuanfang – unter dem Motto „punct și de la capăt“ (dt. „Punkt und von vorne an“). Tatsächlich waren die ersten sechs Monate seiner Amtszeit geprägt von einer Intensivierung des Antikorruptionskampfes der Nationalen Antikorruptionsbehörde (DNA), die Ermittlungen gegen namhafte, hochrangige Politiker aller Parteien durchführte, die teilweise zu öffentlichkeitswirksamen Festnahmen führten. Vor Ermittlungen blieb selbst Premierminister Ponta (PSD) nicht verschont. Gegen ihn wird seit Juni wegen Urkundenfälschung, Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Geldwäsche ermittelt. Gleichzeitig geriet wiederholt das Parlament in die Kritik, weil die Aufnahme von Ermittlungen bzw. die vorläufige Festnahme von ehemaligen Ministern auf Antrag der DNA blockiert wurde, im Fall des ehemaligen Verkehrsministers und Ponta-Vertrauten Dan Șova, des ehemaligen Umweltministers Laszlo Borbely (UDMR), des ehemaligen Wirtschaftsministers Varujan Vosganian (PNL) wie auch im Fall Ponta, in dem die Abgeordnetenkammer die Geneh-

migung zur Aufnahme von Ermittlungen für den Straftatbestand des Interessenkonfliktes – in der Eigenschaft als Premierminister – verweigerte.

Im Mai 2015 wurde zudem der geschäftsführende Vorsitzende der PSD, Liviu Dragnea, erstinstanzlich wegen Wahlmanipulierung beim Referendum zur Amtsenthebung des ehemaligen Präsidenten Traian Băsescu zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Ermittlungen werden gegenwärtig u.a. auch gegen die ehemalige Ministerin und Vertraute von Băsescu, Elena Udrea, gegen den ehemaligen Finanzminister Darius Vălcov (PSD), gegen den ehemaligen Innenminister Cristian David (PNL), gegen den Medienmogul und PSD-Abgeordneten Sebastian Ghiță, gegen eine Vielzahl an (Ex-)Bürgermeistern, einschließlich Radu Mazăre aus Constanța (PSD), Andrei Chiliman vom 1. Bukarester Bezirk (PNL), Gheorghe Nechita aus Iași (PSD), Gheorghe Ștefan aus Piatra Neamț (PNL). Diese Auflistung zeugt nicht nur eindeutig davon, dass mittlerweile der Kampf gegen Korruption in Rumänien groß geschrieben wird, sondern auch, dass die DNA unabhängig von der politischen Zugehörigkeit der Betroffenen agiert.

Iohannis hat stets öffentlich reagiert, als das Parlament gegen die Aufnahme von Ermittlungen bzw. die vorläufige Festnahme von ehemaligen Ministern gestimmt hat. Als der Senat gegen die Verhaftung von Dan Șova gestimmt hat, wandte sich Iohannis sogar an das Verfassungsgericht, während er Ponta infolge der Aufnahme von Ermittlungen öffentlich aufforderte, seinen Rücktritt einzureichen. Dennoch verfügt Iohannis über solche Gesten hinaus nicht über die entsprechenden Interventionsmöglichkeiten, um die Blockade-Haltung der rumänischen Legislative überwinden zu können. Hierin widerspiegelt sich ein systemischer Paradox des rumänischen Staatsaufbaus: zwar ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

ANDREI AVRAM

Juli 2015

www.kas.de/rumaenien

fügt der direkt gewählte Präsident über ein überdurchschnittliches Maß an Legitimität – gekoppelt mit einer entsprechenden öffentlichen Erwartungshaltung – jedoch nicht über die Mittel, um diese Legitimität in politisches Handeln umzusetzen.

Innenpolitische Turbulenzen

Iohannis hat kurz nach seinem Amtsantritt den Wunsch nach einem Regierungswechsel geäußert, im Sinne einer Machtübernahme durch die PNL, die für das Amt des Premierministers den ehemaligen Justizminister Cătălin Predoiu nominiert hat. Iohannis begründete seine Präferenz für eine PNL-Regierung durch den Verweis darauf, dass er nur so seine politischen Ziele erreichen könne. Dennoch scheiterte im Juni der Versuch der PNL, über ein Misstrauensvotum die Regierung Ponta zu stürzen, die über eine komfortable Mehrheit im Parlament verfügt. Dabei hat die PNL, die sich inmitten des Prozesses einer internen Konsolidierung nach dem Zusammenschluss zwischen der „alten“ PNL und der ehemaligen Demokratisch-Liberalen Partei (PDL) zur „neuen“ PNL befindet, keine allzu aktive Oppositionspolitik betrieben, obwohl Predoiu ein alternatives Regierungsprogramm vorgestellt hat.

Vielmehr scheint die PNL darauf zu spekulieren, dass eine schleichende Erosion des öffentlichen Image von Ponta und der PSD stattfindet. In der Tat scheint Ponta vor dem Hintergrund der Anschuldigungen gegen ihn die Flucht ergriffen zu haben. Unmittelbar nach dem von seiner Regierung gewonnenen Misstrauensvotum am 12. Juni reiste er nach Baku zur Eröffnung der Europäischen Spiele – ohne den Präsidenten oder die Öffentlichkeit vorher zu informieren. Dabei stand Ponta im starken Gegensatz zu sämtlichen Staats- und Regierungschefs demokratischer Staaten, die wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der aserbaidschanischen Führung den Feierlichkeiten fern geblieben waren. Noch mysteriöser gestaltete sich die Weiterreise von Ponta von Baku nach Istanbul, wo er sich einer Operation am Knie unterzog – ebenfalls ohne die Öffentlichkeit im Vorfeld diesbezüglich zu unterrichten und ausgerechnet an einem Tag, an dem er einer Vorladung

zur DNA hätte Folge leisten müssen. Auch eine zweite Frist bei der DNA in der Woche darauf ließ Ponta verstreichen, der auf die notwendige Rekuperation nach der Operation hinwies. Am 21. Juni 2015 suspendierte Ponta sich selbst und veröffentlichte über Facebook einen Brief an Iohannis, in dem er diesen informierte, dass er unfähig sei, in den nächsten Wochen sein Amt auszuüben. Er bat außerdem Iohannis, den Vizepremierminister Gabriel Oprea (der zugleich Vorsitzender des Koalitionspartners UNPR ist – die Nationale Union für den Fortschritt von Rumänien) zum kommissarischen Premierminister zu ernennen. Diesem Vorschlag folgte Iohannis folgte, nachdem Ponta auf Antrag des Präsidialamtes die entsprechenden medizinischen Unterlagen offen gelegt hatte. In der rumänischen Öffentlichkeit wurde das Verschwinden von Ponta als Versuch gedeutet, sich dem Druck der Justiz zu entziehen, wie auch als womögliches Manöver, um sich ggf. mit Verweis auf seine gesundheitliche Lage elegant aus seinen Ämtern zurückzuziehen – obwohl Ponta selbst mehrfach betont hat, dass er zurückkehren werde, während Oprea ebenfalls bekräftigte, das Amt des Premierministers nicht übernehmen zu wollen. Seine Äußerungen erfolgten vor dem Hintergrund von Gerüchten, dass die PNL die UNPR zu überzeugen versuche, sich aus dem Ponta-Kabinett zurückzuziehen, wodurch die jetzige Regierung ihren parlamentarischen Rückhalt verlieren würde.

Erste Erfolge

Trotz aller Schwierigkeiten konnte Iohannis mitten in diesen turbulenten Zeiten zwei Erfolge verbuchen – die Verabschiedung der Nationalen Verteidigungsstrategie und die Ernennung von Mihai Răzvan Ungureanu zum Leiter des Auslandsgeheimdienstes (SIE). Erstere stellt nicht nur ein sicherheitspolitisch relevantes Dokument dar, sondern auch eine realistische Bestandsaufnahme der Probleme der rumänischen Gesellschaft. Unter den Verwundbarkeitsfaktoren des Landes werden die Korruption, die soziale Polarisierung, die Armut, der Bevölkerungsrückgang, die Auswanderung qualifizierter Arbeitskräfte, das soziale und wirtschaftliche Gefälle zwischen den Regionen und die „Fragilität“ des bürgerlichen Geistes

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

ANDREI AVRAM

Juli 2015

www.kas.de/rumaenien

und der Solidarität aufgeführt. Dies sind gewaltige Herausforderungen, mit denen sich die jetzige Regierung kaum inhaltlich auseinandergesetzt hat. Zu den Bedrohungsfaktoren werden u.a. die Entwicklungen im Osten, die „gefrorenen Konflikte“ im Schwarzmeerraum, die Instabilität im Westbalkan und allgemein „die interethnischen Spannungen und regionalen Ungleichgewichte“ in den Nachbarstaaten gezählt.

Die Ernennung von Mihai Răzvan Ungureanu zum Leiter des SIE stellt innen- wie außenpolitisch ein bedeutendes Signal dar. Innenpolitisch war die Ernennung von Ungureanu, der 2012 kurzzeitig das Amt des Premierministers bekleidete und davor bereits als SIE-Chef fungiert hatte, ein Sieg für Iohannis. Die PSD hatte sich gegen Ungureanu ausgesprochen, dieser wurde jedoch mit den Stimmen der UNPR wie auch der UDMR, der Vertreter der nationalen Minderheiten und weiterer parteiloser Parlamentarier vom Parlament ins Amt bestätigt. In den Medien wurde über die Grundlage für eine künftige neue Parlamentsmehrheit gesprochen, obwohl PSD und UNPR betonten, dass es sich bei diesem Votum lediglich um eine punktuelle Meinungsverschiedenheit gehandelt hatte. Außenpolitisch steht Ungureanu für eine Kontinuität hinsichtlich der strategischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der festen pro-europäischen Orientierung des Landes – vor dem Hintergrund anderweitiger Entwicklungen in der Nachbarschaft eine deutliche Ansage an die Partner in Washington, Brüssel und auch Berlin.

Außenpolitische Kontinuität

Auch sonst steht Iohannis außenpolitisch für eine Fortsetzung des euroatlantischen Kurses in der Außenpolitik, wobei er im Gegensatz zu seinem Vorgänger Traian Băsescu neben einem klaren transatlantischen Bekenntnis auch engere bilaterale Beziehungen vor allem mit den westeuropäischen EU-Partnern anstrebt. Bereits im ersten halben Jahr seiner Amtszeit besuchte Iohannis Brüssel, Berlin, Paris, Kiew, Warschau, Rom und Zagreb – wie auch die Republik Moldau, deren pro-europäischer Kurs maßgeblich von der Unterstützung seitens von Bukarest

abhängen wird. Dabei scheint aber Iohannis, anders als Băsescu, der sich mehrfach öffentlich zum Ziel einer Wiedervereinigung mit der Republik Moldau bekannt hatte, eine realistischere Linie im Verhältnis zu Chişinău einzugehen, die zwar die sprachliche, historische und kulturelle Nähe der beiden Länder berücksichtigt, sich aber vor allem dem Ziel einer Annäherung der Republik Moldau an die EU zu verpflichten scheint.

Nach sechs Monaten befindet sich Präsident Klaus Iohannis auf einem guten Weg. Innen- wie außenpolitisch hat er die Akzente gesetzt, die von der rumänischen Gesellschaft tatsächlich erwartet werden. Dennoch sind die Ziele von Iohannis mittelfristig nur konkret erreichbar, wenn diese von einer Regierung unterstützt werden, die nicht gegen ihn punkten möchte, sondern im Einvernehmen mit dem Präsidenten agiert. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass im nächsten Jahr Kommunal- und Parlamentswahlen anstehen. Eine Erosion des Kapitals an öffentliches Vertrauen, das derzeit Iohannis noch genießt, wäre fast unvermeidlich, wenn es ihm unmöglich sein sollte, sein politisches Programm umzusetzen. Für die PNL wäre zwar die Übernahme der Regierung mitten im Prozess der internen Konsolidierung eine zusätzliche Herausforderung, könnte aber daran beitragen, das Image der Partei als starke bürgerliche Kraft zu etablieren.